

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N<sup>o</sup> 80.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 6. April.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Die römische Frage.

II.

Dies konnte nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis der Regierung zum Garantiegesetz bleiben. Um diesem volle Wirksamkeit zu sichern, war eine Atmosphäre nötig, in welcher dasselbe sich sicher fühlen konnte, wenn dies geschah, so war eine allmähliche Annäherung der beiden feindlichen Gewalten vielleicht möglich. Statt dessen gewann die radikale Strömung immer mehr die Oberhand, demzufolge war man weit entfernt, nach Beseitigung der kirchlichen Privilegien die Freiheit der Bewegung, namentlich für ihre Korporationen zu gewähren, welche Minghetti in seinem Buche „Staat und Kirche“ mit staatsmännischem Geiste verlangt, die Einziehung der geistlichen Güter kam wesentlich den Wucherern und Spekulanten zu gute, welche die Masse des plötzlich auf den Markt geworfenen Grundbesitzes zu Schleiherpreisen kauften, ja die kleinen Grundbesitzer verloren durch die auf 33 1/2 Prozent geschraubte Grundsteuer vielfach noch was sie hatten, nach amtlichen Ausweisen haben wegen Steuerrückständen von 1873—1879 35 074 Familien von Haus und Hof gehen müssen. 1870 traten in die Gerichtsgefängnisse 174 512 Gefangene, 1879: 225 620. Der Niedergang und die Entartung der neueren italienischen Literatur ist unseugbar, Wigblätter und Romane leisteten Unglaubliches in Laszivität und der Atheismus wird offen gepredigt, das Blatt der italienischen Loge vom großen Orient brachte kürzlich einen Hymnus an Satan, der schließt:

Heil dir, o Satanas,  
Bestegst hast du Jehovah  
Die Gottheit der Priester.

Und solche Predigt findet mehr Anklang in den Massen, als die der Waldenser und Methodisten, die Leo XIII. so viel Schmerz macht, daß er fast in jeder Enzyklika darüber klagt. Diese Strömung mußte auf Parlament und Regierung zurückwirken, um sich die Gunst der Radikalen nicht zu verschmerzen, mußten die Ministerien der Linken alle deren Kandidaten unterstützen, man sah Abgeordnete, die wegen Betrug bestraft waren, andere, die sich in Eisenbahngründungen und beim Verkauf der geistlichen Güter ein übelberühmtes Vermögen erworben.

Strafbare Schwäche der Regierung hat denn auch zu dem Tumult der Nacht vom 13. Juli v. J. geführt. Es mag dahin gestellt bleiben, ob einige Heißsporne im Vatikan nicht einen Konflikt wünschten, offiziell sollte das Leichenbegängnis Pio Nonos, wie er verfügt, einfach gehalten und bei Nacht vollzogen werden. Als aber die Regierung von der Gesellschaft der katholischen Interessen benachrichtigt ward, daß deren Mitglieder und viele andere folgen wollten, war es geboten, Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Umso mehr, als Pius IX. speziell bei den Römern verhaßt war, was sich begreift, wenn man bedenkt, daß unter seiner Regierung etwa 37 000 Menschen aus politischen Gründen ins Gefängnis oder in die Verbannung gewandert sind. Aber der Minister des Innern war wie der Unterstaatssekretär verreist und der Quästor, der an ersteren um Instruktion telegraphirte, erhielt keine Antwort. So war der Tumult fast unvermeidlich und der Minister des Auswärtigen hat vergeblich die ganze Schuld auf die Katholiken zu schieben gesucht. Leo XIII. konnte nun mit sehr viel mehr Recht sich als Gefangenen hinstellen als vorher, denn wenn man die Leiche seiner Vorgänger beschimpfte, welche Bürgerschaft hatte er, daß es ihm selbst besser gehen würde, wenn er den Vatikan verließ? Und er benutzte diese Gelegenheit, welche ihm die Schwäche der italienischen Regierung gab, nach Kräften. Sein Bestreben ist von Anfang an gewesen, mit den auswärtigen Regierungen, mit denen Pius IX. auf den Kriegsfuß stand, bessere Beziehungen anzubahnen, um seine Kraft allein

gegen die italienische wenden zu können; deshalb hat er sich gegen Deutschland veröhnlich gezeigt, deshalb in Frankreich zu so vielem geschwiegen, was sein Vorgänger laut als Sakrileg angeklagt hätte. Seine Enzyklika über die Ereignisse des 13. Juli machte sehr viel mehr Eindruck als das 3. lar Manzini's, und er betonte bald darauf, daß er a. Furcht vor Störungen nicht habe wagen können, die neuen Heiligspredigungen im St. Peter vorzunehmen, obwohl der dazu benutzte Saal, wie Schreiber dieses als Augenzeuge sagen darf, schon einer gewaltigen Menge Zutritt erlaubt.

Diese Ereignisse sind es gewesen, welche zugleich mit der Entfremdung, welche zufolge der tunesischen Expedition zwischen Italien und Frankreich eintrat, die römische Frage wieder haben aufleben lassen. Die Kurie betont, daß das Garantiegesetz gar keine Garantie bietet, nicht bloß, weil die Regierung zu schwach ist, es wirksam auszuführen, sondern weil es ein einseitig erlassenes italienisches Gesetz ist, das von denselben Faktoren aufgehoben werden kann, die es gegeben haben. „Wer garantiert die italienische Garantie?“ fragte Antonelli. Die Kurie macht eben deshalb auf's neue geltend, daß nur der Besitz einer weltlichen Macht die geistliche Unabhängigkeit des Papstes sichern könne. Als solchen fordert die genannte von Leo XIII. gebilligte Schrift Nicotti's mindestens Rom und einen gewissen Umkreis, wie früher About sagte: Rome est un jardin.

Gleichzeitig trat vielfach das Gerücht von der Abreise des Papstes auf. Bald sollte er nach Miramare, bald nach Fulda oder Salzburg gehen, oder gar dem Fürsten von Monaco Montecarlo ablaufen. Leo XIII. ist nun ebenso wenig einer Komödie wie eines unüberlegten hastigen Schrittes fähig, er weiß sehr wohl, daß abreisen leicht, aber wiederkommen schwer sein würde, daß er in einem anderen Staate viel mehr abhängig sein würde, als jetzt in Rom und nicht entfernt so viel Freiheit hätte, als das Garantiegesetz ihm gewährt. Andererseits darf man die Worte seiner offiziellen Reden nicht auf die Goldwaage legen; wenn er seine Lage unerträglich nennt, so meint er, daß sie präfix ist und daß leicht Ereignisse eintreten können, welche ihn nöthigen würden, Rom zu verlassen. Er betrachtet den König Humbert als der Herrschaft der Revolution verfallen, welche jeden Augenblick über die Monarchie wegschreiten kann, wenn die Radikalen sich stark genug fühlen, die dünne royalistische Maske abzuwerfen. Er weiß, daß mit dem Sturz des Königthums auch in Bezug auf den Vatikan der Status quo unmöglich werden würde und ist entschlossen, sich keinem persönlichen Angriff auszusetzen.

Wie soll man aber aus dieser Lage herauskommen? Ohne Zweifel würde dieselbe erheblich anders sein, wenn das Garantiegesetz durch ein internationales Abkommen der Großmächte sanktionirt wäre, aber selbst wenn ein solches möglich wäre, so würde doch sofort die Frage entstehen, wer bei einer Verletzung desselben einzuschreiten berechtigt sein sollte und wer geneigt sein würde, ein solches Recht auf seine Kosten zu üben? Indeß hiervon abzusehen, ist ein derartiger Vertrag selbst unmöglich, da Italien, das vor 1870 vielleicht auf einen solchen eingegangen wäre, dies heute niemals thun wird. Die Depesche Mancini's an de Launay vom 10. Januar erklärt, kein italienisches Ministerium könne die leiseste auswärtige Einmischung in einer Frage erlauben, welche Italien fest entschlossen sei, als streng innere und von der nationalen Souveränität allein abhängige zu betrachten. Italien wisse, wie oft das Papstthum fremde Interventionen herbeigeführt habe und wolle diese sich nicht erneuern lassen.

Mag man nun auch dagegen geltend machen, daß die Frage der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes doch

keine rein italienische ist, sondern internationales Interesse hat, so steht doch fest, daß jeder Versuch einer auswärtigen Einmischung dem entschlossensten Widerstand Italiens begegnen würde und schwerlich wird irgend eine Macht geneigt sein, einen Bruch mit Italien herbeizuführen, um ein besten Falles höchst zweifelhaftes Ergebnis zu erreichen. In noch höherem Maße muß Italien jeden Versuch zur Herstellung der weltlichen Gewalt in noch so beschränktem Umfange zurückweisen, mögen früher einsichtige italienische Patrioten dagegen gewesen sein, Rom zur Hauptstadt zu erklären, so ist es nach 11 Jahren heute doch vollständig unmöglich, den einmal gethanen Schritt zurückzuthun, die Dynastie Savoyens würde damit ihre Krone auf's Spiel setzen mit der Gewißheit, sie zu verlieren, die Folge wäre eine Republik, die nicht vor dem Vatikan stehen bleiben würde. Selbst die Ueberlassung der leoninischen Stadt mit einem Streifen Landes bis zum Meere ist unmöglich, schon weil der Papst diesen Besitz gar nicht behaupten könnte und dieser Theil Roms von einer besonders demokratisch gesinnten Arbeiterbevölkerung bewohnt wird.

## Tageschau.

Freiberg, 5. April.

Seitdem auch die letzten der gegenwärtig tagenden parlamentarischen Versammlungen — die französischen Kammern und das englische Unterhaus — des Osterfestes wegen ihre Sitzungen suspendirt haben, herrscht in den Regionen der hohen Politik allgemeine Windstille. Die Hoffnung, daß wir das Fest ohne ernstliche Störungen des europäischen Friedens werden feiern können, ist zur Gewißheit geworden, obwohl an verschiedenen Punkten Europas die öffentliche Ruhe gestört ist. Zunächst gelang es den Oesterreichern noch nicht, den südslavischen Aufstand gänzlich niederzuwerfen, derselbe flackert immer von Neuem empor und wird die österreichischen Waffen auch während der Osterzeit in Thätigkeit erhalten. Auch in Irland ist noch nicht im Entferntesten Sicherheit für Personen und Eigenthum wiedergekehrt und im östlichen Spanien, in der von jeher unruhigen Provinz Catalonien, darf man auch noch nicht recht der wiederhergestellten Ruhe trauen. In unserer inneren Politik wird während der Osterferien das kirikal-konservative Kompromiß bezüglich der Kirchenvorlage, sowie das Tabakmonopol vorwiegend den Gegenstand der Besprechung bilden. Gegenüber der gestrigen Mittheilung aus der „Köln. Ztg.“, daß der Reichskanzler seine Zustimmung zu dem Kompromiß erst jetzt gegeben habe, wird der „Bosn. Ztg.“ versichert, daß die Konservativen ihren Antrag erst dann eingebracht haben, als sie davon unterrichtet waren, daß der Reichskanzler demselben nicht widersprechen werde. „Auch darf man wohl annehmen“, bemerkt sie weiter, „daß der Abgeordnete Windthorst die Offerte der Konservativen nicht so schnell angenommen haben würde, wenn er nicht der Zustimmung des Kanzlers gewiß gewesen wäre. Daß die Kommission des Herrenhauses die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ratifiziren wird, zeigt schon die Zusammensetzung derselben Vorsitzender ist der bekannte ultramontane und hochkonservative Graf Brühl. Von den 15 Mitgliedern der Kommission sind außer dem Vorsitzenden die Herren Graf zur Lippe, Graf Dönhoff, Graf Fink von Finkenstein, Graf Kesselrode, Graf Solms-Baruth, Graf Hompesch, von Rochow, Freiherr von Landsberg und Graf von der Schulenburg-Beeckendorff für den Kompromiß.“ — Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Ernennung: Der Kaiser hat den bisherigen Gesandten in Washington, Wirklichen Geh. Rath Dr. von Schlözer, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem päpstlichen Stuhle ernannt. — Der Kaiser nahm gestern nach einer recht gut verbrachten Nacht wieder die gewöhnlichen Vorträge entgegen und arbeitete nachmittags mit dem Chef des Militärkabinetts General Albedyll.

Die bairische Kammer erledigte gestern den Kultusetat nach den Ausschufsanträgen und vertagte sich bis zum 12. April. Schels bedauerte, daß für die Kunst nicht mehr so viel geschehe in Baiern, wie früher. Der Kultusminister erklärte, die Nachwelt werde darüber staunen, was unter dem König für das Kunstgewerbe geschehen sei.